

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede 2027 Stadtkämmerer G. Ochs

Vor der Welle bleiben

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Salomo,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrte Damen und Herren,

„5 vor 12“ und „In der Zange“ waren die Haushaltsreden der letzten beiden Jahre überschrieben. Die Appelle zu Einsparungen und Ertragssteigerungen zur Stabilisierung der Haushaltssituation müssen wieder vorgetragen werden. Bisher kam es mit Mehrheit des Gemeinderats weiterhin zu Mehrausgaben in allen Bereichen. An der Notwendigkeit, Einsparungen vorzunehmen, führt weiterhin kein Weg vorbei, denn nach wie vor ist die Stadt Heidenheim neben den Zuweisungen von Bund und Land auf Kreditaufnahmen und einem erheblichen Abbau von Liquidität angewiesen, um ihre Aufgaben finanziell wahrnehmen zu können. Wir haben selbst gemessen an unserem Aufgabenspektrum zu wenig eigene Finanzkraft, um Investitionen mit einem angemessenen Eigenkapitalanteil zu finanzieren und sind immer noch nicht in der Lage, die gesetzlich geforderten Abschreibungen zu erwirtschaften. Erhebliche Kostensteigerungen beim laufenden Betrieb und den Investitionen fressen zusätzliche Zuweisungen und zusätzliche Steuererträge auf. Die Schere zwischen laufenden Erträgen und Aufwendungen ist auch in der Planung für nächstes Jahr trotz höheren Steuererträgen wieder sehr groß. Sie müsste sich schließen oder besser noch einen Überschuss im ordentlichen Ergebnis für Investitionen im Finanzhaushalt generieren, also die Erträge müssten die Abschreibungen erwirtschaften, laufende Aufwendungen übersteigen und einen angemessenen Beitrag für die Investitionsseite abwerfen.

Deutschlands Schwäche beim Wirtschaftswachstum besteht weiter. Wir haben uns im hinteren Bereich der Industrieländer eingereiht. Prognostiziert wird ein Wachstum von 1,1 % für 2027.

Das Wachstum in 2027 kommt hauptsächlich durch milliardenschwere Ausgaben des sogenannten Sondervermögens für Infrastruktur, Klimamaßnahmen und Verteidigung. Eine starke Exportwirtschaft, die früher für satte Handelsbilanzüberschüsse gesorgt hat, fällt weitgehend aus. Um das Wachstum längerfristig zu sichern, sind Strukturreformen und Bürokratieabbau laut OECD unabdingbar. Auch rät die OECD dazu, die Anreize im Steuer- und Transfersystem auf Wachstumsfreundlichkeit zu verbessern.

Die derzeitige Inflationsrate beträgt 3,3 % (Stat. Bundesamt f. September). Das heißt, dass bei dieser Inflationsrate das Wachstum mehr als aufgezehrt wird.

Für die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland sind die im letzten Jahr prognostizierten harten Zeiten Realität geworden. Das kommunale Finanzdefizit hat sich auf 31,9 Mrd. Euro vervielfacht und ist das größte Defizit der Geschichte. Das Defizit 2025 der Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg beträgt 4,4 Mrd. Euro – das schlechteste Ergebnis seit dem Zweiten Weltkrieg und nochmals 1,3 Mrd. Euro mehr als 2024. Der negative Trend verstetigt sich. Vor allem stark steigende Sozialleistungen, Personal- und Sachaufwand ufern weiter aus und belasten die kommunalen Haushalte.

Die 550 Mio. Euro, die das Land Baden-Württemberg den Kommunen zusätzlich zum Sondervermögen des Bundes in den Jahren 2025 und 2026 gegeben hat, laufen 2027 aus. Ersatz wurde mit einem sogenannten Kommunalpaket am 06.10.26 geschaffen, das vom Ministerrat für den Haushalt 2027 gebilligt wurde. Es umfasst 1,15 Mrd. Euro für die Kommunen in Form von 504 Mio.

Euro aus der Konjunkturkomponente der Schuldenbremse, 120 Mio. Euro für den kommunalen Finanzausgleich, 200 Mio. Euro für nachhaltige energetische Investitionen in kommunale Gebäudeinfrastruktur, 140 Mio. Euro für Gesundheit, 100 Mio. Euro für die Eingliederungshilfe nach Bundessteilhabegesetz und 90 Mio. Euro für Schulbegleitung an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren. Das wurde höchste Zeit, denn bis Juli 2026 bestand „Eiszeit“ zwischen Landesregierung und kommunalen Landesverbänden. Diese Beträge sind wohl das von Grünen und CDU in Aussicht gestellte „Entgegenkommen“. Mitte September einigte man sich darauf, den Kliniken im „niedrigen dreistelligen Millionenbereich“ entgegenzukommen – dies sind nun die 140 Mio. Euro. Inwiefern sich diese Zusage positiv auf die Klinikfinanzierung bei uns und damit mittelbar auf die Kreisumlage auswirkt, kann noch nicht gesagt werden. Das ist mit Sicherheit aber schon die von Ministerpräsident Özdemir geäußerte „Schmergrenze“. Ein Termin in Tuttlingen hierzu eine Woche zuvor endete für die kommunalen Spitzenverbände enttäuschend.

Die Orientierungsdaten vom Finanzministerium liegen noch nicht vor. Sie können im Haushaltsplanverfahren eingearbeitet werden, falls Differenzen zur jetzigen Planung auftreten. Die Werte für den Finanzplanungszeitraum ab 2028 sind wegen den fehlenden Daten vom Land weitgehend und bestmöglich geschätzt.

Die Haushaltssituation 2027 in Heidenheim liegt beim heute eingebrachten Entwurf immer noch im roten Bereich. Wir investieren vor allem bei den begonnenen Maßnahmen weiter und gehen neue Investitionen hauptsächlich unter Heranziehung der LuKIFG-Mittel an. Im Nachtrag 2026 mussten wir Kostensteigerungen bei der Rathaussanierung hinnehmen. Mit anderen Steigerungen führte u.a. dies zu einer Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen um 7,2 Mio. Euro. Dank starker Gewerbesteuererinnahmen in den letzten drei Jahren können wir diese Steigerungen auffangen und wegen Verzögerungen bei den anderen Investitionen von einer guten Liquiditätslage ausgehen. Allerdings können wir mit den veranschlagten Erträgen, wie eingangs erwähnt, die Investitionen immer noch nicht aus dem laufenden Haushalt mitfinanzieren. Auch die Erwirtschaftung der Abschreibungen gelingt wieder nicht. Unsere überdurchschnittliche Liquiditätsausstattung darf also nicht darüber hinwegtäuschen, dass unsere Stadt bei der laufenden Ertragslage trotz der besseren Gewerbesteuerlage grundsätzlich unterdurchschnittlich ausgestattet ist.

Wir mussten bei den Mittelanmeldungen für 2027 wieder Anmeldungen von den Fachbereichen konsequent herunternehmen, um einen ansatzweise genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf zu erhalten. Ohne die gute Liquidität wäre dies nicht möglich. Nach wie vor sind hohe Liquiditätsentnahmen und Kreditaufnahmen planerisch notwendig, um die Genehmigungsfähigkeit darzustellen.

Im Haushaltsplanentwurf sind überwiegend begonnene Investitionen bei den Pflichtaufgaben enthalten. Im freiwilligen Aufgabenbereich investieren wir hauptsächlich in bestehende öffentliche Einrichtungen und gehen auch über den bloßen Substanzerhalt hinaus. Dies führt in unserer Lage zwangsläufig bei diesen Einrichtungen zu höheren Gebührensätzen, um höhere Abschreibungen und höhere laufende Personal- und Unterhaltungskosten zu decken. Für den Neubau der Städtischen Betriebe ist ein erster Teilbetrag von 10 Mio. Euro in der Finanzplanung enthalten, der mit LuKIFG-Mitteln finanziert wird.

Die Gewerbesteuerzahlen seit 2023 bis heute sind glücklicherweise deutlich höher als erwartet ausgefallen. Sie sind einer der Hauptgründe für die deutlich bessere Ausgangslage als noch 2026 gedacht. Auch dieses Jahr läuft bisher entgegen dem landesweiten Trend nochmals besser. Die erhoffte Verstetigung des letzten Jahres ist da und wir können ohne Hebesatzerhöhung deutlich mehr Erträge einplanen. Allerdings ist es mehr als ein Alarmzeichen, gar eine klare Warnung, dass diese Mehrerträge nicht reichen, um unsere Aufwendungen zu decken. Die allgemeinen Kostensteigerungen können Stand heute nicht kompensiert werden, dies auch wieder vor dem Hintergrund des klar unterdurchschnittlichen Gemeindeanteils an der Einkommensteuer. Bei der Gewerbesteuer veranschlagen wir nun 40 Mio. Euro, die auch benötigt werden! Im Nachtrag 2026 waren es 37 Mio. Euro.

Ich nehme an dieser Stelle vorweg, dass Herr Oberbürgermeister Salomo in seiner Rede betonen wird, keine Hebesatzveränderungen für den Haushalt 2027 bei den Realsteuern vorzuschlagen. Wir werden allerdings bei der Vergnügungssteuer eine Erhöhung zur Diskussion einbringen.

Auch in der Finanzplanung haben wir keine Erhöhungen des Hebesatzes bei der Gewerbe- und Grundsteuer veranschlagt. Die höher angesetzten Beträge bei der Gewerbesteuer im späteren Finanzplanungszeitraum könnten auch ohne Hebesatzerhöhung erreicht werden, wenn die Konjunktur wieder besser läuft.

Verhältnis Bund – Land – Kommunen

Der Bundeshaushalt 2027 sieht Ausgaben von 555,4 Mrd. Euro vor (6 % mehr als 2026). Er beinhaltet mit den Sondervermögen Investitionen von 117,5 Mrd. Euro, die mit neuen Rekordschulden von über 203 Mrd. Euro finanziert werden sollen.

Er ist von der Wachstumsschwäche sowie Auswirkungen der internationalen Krisen sowie nochmals höheren Sozialaufwendungen als 2025 mit nun 37,9 % und einer Auflösung der noch bis 2024 geltenden Schuldenbremse geprägt. Investitionen sind unter anderem in Verkehr und Verteidigung vorgesehen, um die NATO-Quote von 3,5 % des BIPs zu erreichen. Im Sozialbereich sind nochmals 5,2 Mrd. Euro wegen schlechteren Konjunkturdaten eingeplant. Eine Haushaltslücke summiert sich bis 2030 auf 107 Mrd. Euro, weshalb ein Konsolidierungskurs als klares Ziel ausgerufen wurde.

Größter Etat im Bundeshaushalt ist der Sozialetat mit 201,5 Mrd. Euro. Der größte Teil davon wird für die Rente verwendet. Der Verteidigungshaushalt ist der zweitgrößte Etat mit 109,8 Mrd. Euro, was eine Steigerung von 32,7 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Mit den Sondervermögensmitteln kommt der Verteidigungsbereich auf fast 140 Mrd. Euro. Der drittgrößte Bereich ist der Verkehrsbereich mit 26,43 Mrd. Euro.

Alle Maastricht-Kriterien, die 1992 zur Einführung des Euro verbindlich für Mitglieder der Euro-Zone vereinbart wurden, werden vom Bundeshaushalt 2027 nicht erreicht.

Auf ein Ziel zum Haushalt 2026, in jedem Ministerium 1 % Ausgaben einzusparen, sind nochmals 2 % hinzugekommen, so dass nun 3 % in den Ministerien an laufenden Ausgaben eingespart werden müssen. Auf die Ergebnisse dürfen wir gespannt sein.

Die Netto-Kreditaufnahme im Kern-Bundeshaushalt für 2027 beträgt 118,7 Mrd. Euro und ist nochmals höher als die 98 Mrd. Euro aus 2026, die doppelt so hoch wie 2025 war. Mit der zusätzlichen Verschuldung der Sondervermögen für Bundeswehr und Infrastruktur beträgt sie insgesamt 203,7 Mrd. Euro! Von einer „Schwarzen 0“ kann überhaupt keine Rede mehr sein. Diese Steigerungen führen folglich zu hohen Belastungen bei Zinsen und Tilgung mit 43,61 Mrd. Euro (9,96 Mrd. mehr als 2026). Sichtbar werden nun auch 2,31 Mrd. Euro Zinsen für das sogenannte Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität, aus dem wir letztendlich die sogenannten LuKIFG-Mittel mit insgesamt 28,8 Mio. Euro bekommen. Die Finanzplanung des Bundes geht von weiter stark steigenden Zinsausgaben aus – bis zum Jahr 2030 werden 80,7 Mrd. Euro erreicht sein!

Der Haushalt des Landes Baden-Württemberg hat ein Volumen von 137,1 Mrd. Euro. Zur Finanzierung sollen alle Ministerien 150 Mio. Euro einsparen. Bei Förderprogrammen sollen 100 Mio. Euro eingespart werden. Die Nettokreditaufnahme beträgt inklusive 504 Mio. Euro an kommunaler Konjunkturkomponente 1,32 Mrd. Euro. Bestandteile des Haushalts sind außerdem ein Rückgriff auf Überschüsse des Vorjahres mit 2,78 Mrd. Euro und eine Finanzierungslücke von 5 Mrd. Euro, bedingt durch konjunkturelle Belastungen und Inflation.

Von der Zuführung zum Versorgungsfonds, der die Finanzierung der Pensionen sichert, wird 2027 ein Betrag von 1,37 Mrd. Euro ausgesetzt, der für Erträge kommender Pensionen nicht mehr zur Verfügung steht.

Bestellen und weitgehend andere für die Folgen bezahlen lassen scheint weiterhin die Devise von Bund und Land – die kommunalen Vertreter in der Gemeinsamen Finanzkommission konnten angesichts dieser andauernden Einstellung keine besseren Ergebnisse erzielen. Angemerkt sei an dieser Stelle auch, dass sowohl Bundes- als auch Landeshaushalt nicht nach doppischen Gesichtspunkten planen und wirtschaften, es den Kommunen aber vorgegeben wird.

Wir warten nun gespannt auf die Ergebnisse der anstehenden Herbst-Steuerschätzung 2027 und die konkreten, auf Heidenheim und den Landkreis heruntergebrochene Ergebnisse der Vereinbarung der Gemeinsamen Finanzkommission von letzter Woche.

Rückblick auf das Haushaltsjahr 2026

In 2026 haben wir einen Nachtrag beschlossen. Die Haushaltssituation 2026 hat sich dank höherer Gewerbesteuererträge nochmals nach dem schon besseren Jahr 2025 glücklicherweise verbessert. Die Mehrerträge werden allerdings fast vollständig für Mehraufwendungen bei den Investitionen benötigt, was zur vorhin erwähnten Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen um 7,2 Mio. Euro auf 54,8 Mio. Euro führt. Übrig gebliebene Überschüsse werden der Liquidität zugeführt. Da die Gewerbesteuer eine stark schwankende Ertragsposition ist, bleibt abzuwarten, was am Ende des Jahres feststeht. Voraussichtlich kann, wenn es bis Jahresende so bleibt, der Finanzhaushalt besser als geplant abschließen. Wir rechnen mit einem Liquiditätsbestand von 95 Mio. Euro, was unsere Ausgangssituation für 2027 wesentlich verbessert und über den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum hilft.

Haushalt 2027

1. Ergebnishaushalt

Die geplanten Gesamterträge im Ergebnishaushalt liegen bei 199 Mio. Euro, die Aufwendungen bei 223,8 Mio. Euro. Das ordentliche Ergebnis ist wieder negativ mit - 24,86 Mio. Euro.

Der Aufwand für Abschreibungen ist hier mit 15,5 Mio. Euro enthalten, ebenfalls die Auflösung von Zuschüssen mit 4 Mio. Euro. Die Abschreibungen, gleichbedeutend für den Ressourcenverbrauch unseres Anlagevermögens, können überhaupt nicht mehr aus dem Laufenden erwirtschaftet werden – wir sind nicht nachhaltig unterwegs, leben in 2027 wieder erheblich von der Substanz und von der Liquidität, die wir wegen deutlich langsamer abfließender Mittel im Finanzhaushalt und guter Gewerbesteuerergebnisse aus Vorjahren vor uns herschieben. Wir sind wie ein Schwimmer ohne Surfbrett, also ohne Instrument, vorne bleiben zu können, vor einer Welle, die früher oder später über uns hereinbricht. Nach derzeitigem Stand ist unsere Haushaltswirtschaft nicht in der Lage, aus der laufenden Tätigkeit einen Überschuss für die notwendigen Investitionen und den Aufbau von Liquidität zum Ende des Finanzplanungszeitraums zu erwirtschaften – seit Jahren das bekannte und von mir gebetsmühlenartig vorgetragene Alarmsignal. Finanzielle Generationengerechtigkeit und nachhaltige Finanzwirtschaft sind gesetzliche Vorgaben. Es muss uns bewusst sein, dass für zusätzliche Aufgaben zusätzliches Personal und entsprechende Sachmittel notwendig sind. Steigende Verrechnungssätze für unsere Aufgabenerfüllung sind die Folge davon und die Budgetdefizite steigen. Die Produkte für unsere Bürgerinnen und Bürger werden teurer. Deshalb werden wir nun Vorgaben entwickeln und vorschlagen, hier auf ein erträgliches Maß zu kommen. Unsere Fachbereiche sind aufgefordert, aktiv zu werden, die Unterstützung der Kämmerei und der Verwaltungsspitze hierfür steht. Wenn die Aufgabenerfüllung immer teurer und unwirtschaftlicher wird, können und dürfen wir nicht länger zusehen. Herabsetzung von Standards und verbundene Kürzungen bei den Aufwendungen sind unausweichlich und konnten bisher durch unsere relativ hohen Gewerbesteuererträge in den letzten drei Jahren vermieden werden. Wenn das Land und der Bund allerdings kaum oder verspätet Unterstützung für den Kommunen auferlegten Aufgaben geben, müssen es die Kommunen wie wir umso konsequenter tun, um langfristig über Wasser bleiben zu können. Ein Schwimmer vor einer gefährlichen Welle würde unnötigen Ballast abwer-

fen, einen effektiven Schwimmstil anwenden und sich vor der hereinbrechenden Welle so wappnen, dass er Strömungen und seine eigenen Fähigkeiten möglichst für sich nutzt, anstatt wie ein nasser Sack vor die Klippen gespült zu werden, wie es andere Kommunen derzeit erleben müssen.

Wir wollen mit der Verwaltungsspitze, den Fachbereichen und dem Gemeinderat auf Kurs gehen und gesund ans rettende Ufer kommen, was ein ausgeglichener Ergebnishaushalt ist.

Wir müssen uns nun von Ballast befreien, d.h. auch von der Aufwandseite daran machen, die Finanzen der Stadt mittel- und langfristig zu sichern.

Wichtigste Erträge sind die Steuereinnahmen und ähnliche Abgaben. Sie liegen in 2027 insgesamt bei 97,05 Mio. Euro. Das sind 7,1 Mio. Euro mehr als im Nachtrag 2026.

Die Gewerbesteuer setzen wir angesichts von Einmaleffekten der letzten beiden Jahre auf 40 Mio. Euro. Wegen der verhaltenen Konjunkturaussichten mit Auswirkungen auf die vor Ort tätigen Unternehmen ist sie verglichen mit der momentanen Höhe noch vorsichtig veranschlagt. Der Wert ist angesichts der Größe und den Aufgaben einer modernen Industriestadt wie Heidenheim zu niedrig.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer liegt mit 33,6 Mio. Euro als zweitwichtigste Ertragsart unter dem Gewerbesteueransatz. Er liegt um 1,57 Mio. Euro höher als der Nachtragswert von 2026. Den Umsatzsteueranteil können wir mit 8,58 Mio. Euro veranschlagen, was 1,6 Mio. Euro über dem Wert von 2026 ist.

Die Schlüsselzuweisungen werden entsprechend der FAG-Systematik mit 32,1 Mio. Euro veranschlagt, was 1 Mio. Euro mehr als noch 2026 sind. Dies ist eine der Ursachen für das äußerst schlechte ordentliche Ergebnis. Generell ist die Ertragsseite, wie bereits erwähnt, deutlich zu niedrig. Die Folgen sind der ebenfalls bereits angesprochene Liquiditätsabbau und die Zunahme der Verschuldung im Finanzplanungszeitraum. Eine Sockelgarantie ist bei den Schlüsselzuweisungen wegen den guten Gewerbesteuererträgen der Vorjahre in 2027 nicht mehr enthalten. In der Finanzplanung können wir nach derzeitigem Stand in 2028 wieder 32,47 Mio. Euro veranschlagen.

Bei der Kreisumlage rechnen wir mit einem Hebesatz von 35,25 % und müssen wieder über 40,3 Mio. Euro veranschlagen, was immerhin rund 700.000 Euro weniger als 2026 sind. Gegenüber 2025 sind es immer noch 8,7 Mio. Euro mehr, innerhalb von 2 Jahren also eine Steigerung von mehr als 27%!

Nach den Personalaufwendungen ist die Kreisumlage unsere größte Kostenposition im laufenden Betrieb. Die Finanzausgleichsumlage liegt in 2027 bei 25,3 Mio. Euro und ist damit auf einem ähnlichen Niveau wie 2026. Die Kreis- und FAG-Umlage betragen insgesamt damit 65,6 Mio. Euro und stellen damit die Hauptaufwendungen im laufenden Ergebnishaushalt dar!

Bei der Ertragssituation haben wir also damit deutlich bessere Daten als noch letztes Jahr, aber wegen den hohen Umlageaufwendungen nach wie vor ein unzureichendes und damit unbefriedigendes Ergebnis.

Der Personalaufwand rennt weiter davon und liegt 2027 bei 64,2 Mio. Euro – so hoch war er noch nie! Dies entspricht 3,2 Mio. Euro mehr als 2026, innerhalb von zwei Jahren steigen unsere Personalkosten damit um fast 8 Mio. Euro! Hauptursachen sind die Tarifsteigerungen und die Stellenzuwächse in von außen auferlegten Bereichen wie Ganztagsbetrieb an Schulen. Auch wir selbst haben Steigerungen in eigenen Bereichen wie der IUK und im Ordnungsbereich. Unser anspruchsvolles Investitionsprogramm tut sein Übriges – es braucht eben gute Leute, die das alles umsetzen und tragen. Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass hier 2,4 Mio. Euro an verauslagten Personalkosten für Dritte enthalten sind, die erstattet werden.

Gas- und Strompreise bewegen sich weiter auf hohem Niveau – von der Herabsetzung der Stromsteuer profitieren die Städte und Gemeinden immer noch nicht.

Die meisten finanziellen Ressourcen werden im Teilhaushalt Familie, Bildung und Sport mit einem Nettoressourcenverbrauch von nun 42 Mio. Euro benötigt, was 5,0 Mio. Euro mehr als noch 2026 sind, als es auch schon eine Steigerung von über 1,1 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr gab. Wer also weiter meint, hier Gebühren zu streichen und keine Einsparungen vornehmen zu wollen, muss sich fragen lassen, wie das dann weiter finanziert werden soll. Der Ganztagsbetrieb an Schulen muss ohne zusätzliche Defizite ins Laufen kommen! Der Baubereich folgt mit 13,3 Mio. Euro und dem Bürgerservice mit 10,49 Mio. Euro (1,1 Mio. Euro mehr als 2026). Im Kulturbereich sind 8,8 Mio. Euro veranschlagt (1,1 Mio. Euro mehr als 2026). Anstatt herunterzukommen, gehen wir also bis auf den Baubereich weiter ins Defizit. Eine Umkehr der Situation müsste eigentlich erreicht werden.

Wir liegen, wie bereits erwähnt, mit diesen geplanten Werten über den finanziellen Möglichkeiten. Fehlende Konnexität von Land und Bund über Jahre und Jahrzehnte können nicht weiter aufgeschoben werden. Oberbürgermeister Salomo und die Stadtkämmerei fordern die Fachbereiche zu Budgeteinsparungen auf. Bis zur Einbringung des Haushalts 2028 sind die Budgetverantwortlichen aufgerufen, in ihren Bereichen Einsparmöglichkeiten und Ertragssteigerungen ausfindig zu machen und sie gemeinsam in das Verfahren zu bringen. Das muss gelingen, da wir ansonsten weit von ausgeglichenen ordentlichen Ergebnissen im Finanzplanungszeitraum entfernt bleiben. Die bereits im letzten Jahr angesprochene Haushaltskonsolidierung wird kommen und ich bin froh, dass Herr Oberbürgermeister Salomo diesen Weg mit unterstützt!

Der manchmal entstandene Eindruck der letzten Jahre, dass es uns noch gut geht, trügt also. Wir hatten in den letzten Jahren zwar immer wieder die positive Situation, dass unsere offensichtlich gut wirtschaftenden Betriebe überplanmäßig Gewerbesteuer an die Stadt bezahlen konnten und die Investitionsmittel doch nicht so schnell wie geplant abgeflossen sind.

2. Finanzhaushalt

Der Zahlungsmittelbedarf aus dem laufenden Ergebnishaushalt liegt 2027 bei 13,25 Mio. Euro. Wir planen Investitionen von 54 Mio. Euro, wovon 46 Mio. Euro Baumaßnahmen sind.

Herr Oberbürgermeister Salomo stellt die größten Investitionen nachher vor, so dass ich mich auf die Eckdaten beschränke:

Auf die Fachbereiche Bauen mit Hoch- und Tiefbau entfallen 17 Mio. Euro, Finanzen und Controlling 13,2 Mio. Euro, Familie, Bildung und Sport 11,5 Mio. Euro. Beim Stab werden für das Projekt Smart-City 2 Mio. Euro bereitgestellt.

Insgesamt gehen unsere Investitionen deutlich über den Substanzerhalt hinaus.

Die Netto-Kreditaufnahme für unsere Investitionen liegt 2027 bei 12,6 Mio. Euro. Das Umfeld für zusätzliche Darlehensaufnahmen hat sich angesichts der stark steigenden Zinsen in diesem Jahr verschlechtert. Die Darlehen werden für Investitionen in gebührenfinanzierte Aufgabenbereiche verwendet. Durch die zusätzliche Darlehensaufnahme in 2027 rechnen wir mit einer Zinsbelastung von insgesamt 1,9 Mio. Euro.

Der Liquiditätsabbau von 31,4 Mio. Euro ist, wie bereits erwähnt, eine logische Folge von unzureichender Deckung aus dem laufenden Ergebnishaushalt und hauptsächlich noch abzuarbeitenden Investitionen aus den Vorjahren mit den bekannten Kostensteigerungen. Die liquiden Mittel werden am Jahresende dennoch bei voraussichtlich 63,6 Mio. Euro liegen, also 59,9 Mio. Euro über dem Mindestbestand, aber 1,8 Mio. Euro unter dem geplanten Schuldenstand.

3. Mittelfristige Finanzplanung

2028 bis 2030 sind Baumaßnahmen von insgesamt 84,2 Mio. Euro vorgesehen. Die Abschreibungen steigen bis zum letzten Jahr des Finanzplanungszeitraums auf 17,9 Mio. Euro. Das ist auch noch einmal ein Grund, warum wir mittelfristig höhere Erträge benötigen und laufende Aufwendungen einsparen müssen. Das negative Gesamtergebnis in 2030 beläuft sich auf stattliche 25,5 Mio. Euro!

Grund hierfür ist die Anrechnung der hohen Steuerkraft aus 2028, was zu hohen Umlagen und niedrigen Zuweisungen führt. Die Gewerbesteuer ist im Finanzplanungszeitraum durchgehend mit 40 Mio. Euro veranschlagt. Wenn die hohen laufenden Defizite im Ergebnishaushalt nicht beseitigt werden können, werden wir wieder mit sehr ernstzunehmenden Hinweisen im Haushaltsgenehmigungsverfahren rechnen müssen. Nur die noch gute Liquidität hilft uns über den Finanzplanungszeitraum!

Bei den Investitionen konzentrieren wir uns überwiegend auf die bereits veranschlagten und in der Finanzplanung aufgeführten Maßnahmen; neue Themen können Dank der LuKIFG-Mittel für die Städtischen Betriebe, Straßensanierungen und zum Teil beim Waldfreibad eingesetzt werden. Weitere kommen bei der jetzigen Situation nicht in die Planung. Dieses Programm ist auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch anspruchsvoll genug; die Rathaussanierung, das Elmar-Doch-Haus und die Kläranlage binden immer noch erhebliche Personalressourcen, ebenfalls die kommenden Maßnahmen im Rahmen des Start-Chancen-Programms.

Größter Posten in der mittelfristigen Finanzplanung ist inzwischen die technische Ertüchtigung und Erweiterung des Waldfreibads mit 15,9 Mio. Euro, die Sanierung der Sammelkläranlage Mergeltetten mit 11 Mio. Euro und die Städtischen Betriebe mit 10 Mio. Euro.

Beim Wohnungsbau sind vorerst keine Vorhaben in Sicht; hierfür können bei der derzeitigen Lage auch kaum Mittel als Kapitalausstattung für neue eingeplant werden.

An Darlehensaufnahmen sind in der mittelfristigen Finanzplanung weitere 16,8 Mio. Euro von 2028 bis 2030 notwendig, überwiegend für den gebührenfinanzierten Abwasserbereich und das Waldfreibad.

Die Zinsbelastung liegt Ende 2030 bei voraussichtlich 3 Mio. Euro.

Der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2030 erhöht sich durch die neuen Darlehensaufnahmen nach einem Zwischenhoch in 2029 mit 88,2 Mio. Euro auf 82,1 Mio. Euro. In den Vorjahren wurden die Kreditermächtigungen nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft, so dass die Aufnahmen im Finanzplanungszeitraum überwiegend für „rentierliche“ Aufgabenbereiche vertretbar und geboten sind. Die liquiden Mittel werden am Ende des Finanzplanungszeitraums bei 24,5 Mio. Euro liegen. Die freie Liquidität unter Berücksichtigung von Reserven für Mittelüberträge bei Investitionen beträgt lediglich 425.000 Euro und damit nur knapp über dem Mindestbestand.

Im Finanzplanungszeitraum haben wir wieder Steigerungsraten bei den Personal- und Sachaufwendungen zwischen 1 und 3 % eingerechnet. Bei den Investitionen sind nicht alle Vorhaben im Finanzplanungszeitraum durchfinanziert, da Restbeträge erst ab 2031 anfallen werden. Diese Vorhaben haben dann in der nächsten Planung absolute Priorität, d. h. bevor neue Vorhaben angegangen werden können, sind diese erst zu veranschlagen.

Verträglich ist dies dauerhaft nicht. Unvorhergesehene Verschlechterungen dürfen nicht eintreten. Die erhebliche Unterdeckung in der Finanzplanung und der Liquiditätsstand Ende 2030 nur leicht über dem Mindeststand bleiben alarmierend. Konsolidierungsmaßnahmen sind anzugehen, beispielsweise die Kürzung von Zuschussbudgets.

4. Risiken

Als Risiko Nummer eins sehen wir immer noch die dürrtliche Entwicklung der Konjunktur, Rekordverschuldung Deutschlands mit weiteren Zinsanstiegen. Hohe Bürokratie- und Lohnnebenkosten, überproportional gestiegene Kosten für Energie und sich verschärfender Fachkräftemangel können den kommunalen Haushalten gefährlich werden, so dass die FAG-Zuweisungen im Finanzplanungszeitraum sowie die wieder höher angesetzten Gewerbesteuererträge mit Risiken behaftet sind. Die fehlenden Sozial- und Gesundheitsreformen werden die Kreisumlagen auf hohem Niveau halten, so dass Spielräume fehlen werden.

Für die kommunale Wärmewende sind noch keine Beträge hinterlegt, wobei man die Sanierung des Rathauses schon in gewisser Weise hier mit einrechnen könnte, da hierdurch künftig erhebliche Energiekosten eingespart werden. Auch hier gilt es, vor die Welle zu kommen, bevor uns die notwendigen Mittel hierfür möglicherweise nicht mehr zur Verfügung stehen.

„Vor der Welle bleiben“ ist angesagt, falls die Finanzausgleichsmasse wegen der schlecht laufenden Konjunktur und steigender Arbeitslosigkeit oder unsere Gewerbesteuererträge abnehmen. Daher nochmals der dringende Appell, unser Aufgabenspektrum gemeinsam mit Verwaltungsspitze, den Fachbereichsleitern zu konsolidieren, d.h. neue Aufgaben nur kostendeckend einzuführen, bestehende zu überdenken, defizitäre Bereiche herunterfahren oder mit mehr Erträgen auszustatten usw. Wir helfen gerne, auch nach außen klar zu kommunizieren, dass es in allen Bereichen Veränderungen geben muss, es konsequent zu vertreten und bestehende Freiwilligkeitsleistungen auf den Prüfstand zu stellen. Es sage keiner, dass es so weiterlaufen kann wie bisher – jeder muss einen Beitrag leisten. Budgetkürzungen wurden von der Stadtkämmerei bereits letztes Jahr angeordnet. Die Fachbereiche in den Dezernaten sind, wie vorhin gesagt, diese nun anzugehen, bevor sie von der Verwaltungsspitze, der Stadtkämmerei vorgegeben werden. Solange sich die Situation nicht grundlegend ändert, wird die Stadtkämmerei auch in künftigen Haushalten nicht von diesen Forderungen ablassen.

5. Fazit

Die Aufgaben, vor denen wir stehen, müssen mit engerer Mittelausstattung erfüllt werden. Wir bleiben an der Grenze der personellen, sachlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit. Daher ist nun auch die Zeit gekommen, aus den laufenden, millionenteuren Projekten hinsichtlich der Digitalisierung bürger- und verwaltungseffektive Prozesse ohne zusätzlichen Personalaufwand zu erreichen. Reine Zusatzprojekte ohne effektiven Nutzen und Kosteneinsparungen dürfen gar nicht erst eingeführt werden.

Von Bund und Land werden wir, wie bereits mehrfach erwähnt, mit zusätzlichen und dabei nicht auskömmlich finanzierten Aufgaben betraut. Dies macht es nun unmöglich, ohne drastische Einsparungen und Ertragssteigerungen im Steuer- und Gebührenbereich ausgeglichene Haushalte vorlegen zu können. Die so hoch gehaltene Nachhaltigkeit muss bei allen Beteiligten wieder bei den Finanzen in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik ihren angemessenen Stellenwert bekommen. Die hohe derzeitige Inflationsrate drückt bereits die kommende Geldentwertung mit der Flucht in Sachwerte und Konsumzurückhaltung aus, die für die öffentlichen Haushalte sehr gefährlich werden können, vor allem wenn die Verschuldung ansteigt.

Die befürchtete Steigerung bei der Kreisumlage vom letzten Jahr tritt dank höheren Steuerkraftzahlen von uns und anderen kreisangehörigen Gemeinden vorerst nicht ein, so dass sich neben den Effekten aus dem LuKIFG der Liquiditätsabbau lediglich verlangsamt. Gesamtstaatlich bedeutet das LuKIFG keineswegs vom Himmel gefallenes Vermögen – es sind nach wie vor Schulden, die über stark steigende Zinsen den Bundeshaushalt über Jahrzehnte erheblich belasten und Zuweisungen an die Länder bzw. mittelfristig an die Kommunen verringern werden. Wir müssen daher nach wie vor durch Kürzungen auf der Aufwandseite gegensteuern, auch wenn es angesichts der hohen Herausforderungen unmöglich scheint. Sich auf andere zu verlassen, ist immer die schlechteste Option.

Eine Liquidität bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums nach Abzug von Übertragungen nur knapp über dem Mindestbestand mit der Aussicht auf weiteren Abbau, Kreditaufnahmen bis zu einem Schuldenstand von zwischenzeitlich nur knapp unter 90 Mio. Euro in 2029 und jährlichen Zinsen von 3 Mio. Euro ab 2030 sind zwar finanziell ein schlechter Ausblick, haben aber den Vorteil, dass zumindest ein Teil des Sanierungsstaus auch erledigt ist. Sehen wir es am Beispiel der Rathausanierung positiv – sie ist nun weitgehend durch, das Rathaus für die nächste Generation saniert und wir haben Stand heute noch Liquidität, aktiv agieren zu können, was nicht in jeder Stadt der Fall ist.

Das Haushaltsgenehmigungsverfahren wird wieder nicht einfach. Wir müssen alles tun, um unsere Finanzhoheit zu behalten und auf die vergangenen Haushaltserlasse des Regierungspräsidiums in Form von Ausgabekürzungen und weiteren Ertragssteigerungen und das vorhin beschriebene Vorgehen eingehen.

Die Stadtkämmerei erwartet daher, dass die Aufgaben- und Standardkritik nach der in diesem Jahr erfolgten Besetzung von Führungspositionen nun aufgenommen wird und konkrete, wirksame Ergebnisse bis zur Aufstellung des Haushalts 2028 erzielt werden.

6. Dank

Mein Dank gilt neben den Dezernenten, Herrn Oberbürgermeister Salomo und Herrn Bürgermeister Krombach-Champiomont denjenigen, die mit dem Fachbereich Finanzen und Controlling mit seinen Kolleginnen und Kollegen konstruktiv, vertrauens- und respektvoll zusammenarbeiten und entscheidend dabei helfen, die Haushaltssituation im Blick zu behalten und die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Wir danken für das entgegengebrachte Vertrauen.

Bedanken möchte ich mich auch bei denjenigen, die den Fachbereich Finanzen und Controlling kritisch und konstruktiv begleiten, unterstützen, motivieren und gelegentlich dazu aufmuntern, ruhiger und gelassener angesichts der Situation zu bleiben.

Wie jedes Jahr gilt mein besonderer Dank wieder dem Team unseres Geschäftsbereichs Finanzverwaltung, vor allem Frau Wendland.

Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit!